

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973

Ausgegeben am 30. Mai 1973

52. Stück

- 238.** Verordnung: Errichtung einer Außenstelle der Studienbeihilfenbehörde in Klagenfurt
- 239.** Verordnung: Änderung der Verordnung über den Wirkungsbereich der Bundespolizei-behörden
- 240.** Verordnung: Festsetzung einer Pauschalvergütung für verlängerten Dienstplan für Beamte des Dienstzweiges „Höherer Dienst in Justizanstalten“
- 241.** Verordnung: Änderung der Verordnung betreffend die Anordnung einer Allgemeinen Viehzählung, einer Rinderzwischenzählung und von Schweinezwischenzählungen
- 242.** Verordnung: Änderung der Verordnung betreffend die Anordnung einer Erhebung des Bestandes an bestimmten landwirtschaftlichen Maschinen
- 243.** Verordnung: Änderung der Verordnung betreffend die Anordnung einer Boden-nutzungserhebung und einer Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte
- 244.** Kundmachung: Flagge des Weltpostvereins
- 245.** Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung
- 246.** Ungültigerklärung von Originalzeugnissen der Internationalen Kaffe-Organisation
- 247.** Ergänzende Vereinbarung zu dem Langfristigen Handelsabkommen zwischen der Öster-reichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien
- 248.** Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Barbados über die Aufhebung der Sichtvermerkplicht

238. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 21. März 1973 betreffend die Errichtung einer Außenstelle der Studienbeihilfenbehörde in Klagenfurt

Auf Grund des § 10 Abs. 1 und des Art. II Abs. 4 letzter Satz des Studienförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 421/1969, in der Fassung der Bundes-gesetze BGBl. Nr. 330/1971 und 286/1972 wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen verordnet:

§ 1. Mit Wirksamkeit vom 1. September 1973 ist in Klagenfurt eine Außenstelle der Studien-beihilfenbehörde zu errichten.

§ 2. Die Außenstelle Klagenfurt ist für Stu-dierende an den im § 1 Abs. 1 des Studienförde-rungsgesetzes genannten Anstalten in Kärnten zuständig.

Firnberg

239. Verordnung der Bundesregierung vom 15. Mai 1973, mit der die Verordnung der Bundesregierung über den Wirkungsbereich der Bundespolizeibehörden geändert wird

Auf Grund des Art. 102 Abs. 6 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung der Bundesregierung vom 17. Feber 1970, BGBl. Nr. 103, über den Wirkungsbereich der Bundespolizeibehörden wird wie folgt geändert:

Lit. a des § 3 hat zu lauten:

- „a) der Bundespolizeidirektion Eisenstadt zu-sätzlich auf
1. den Bereich der Bahnhöfe Bruck an der Leitha, Deutschkreutz, Mattersburg und Wulkaprodersdorf,
 2. die im Bundesland Burgenland liegenden Gleiskörper der über den Bahnhof Bruck an der Leitha zur Bundesgrenze füh-

renden Eisenbahnstrecke sowie der über die Bahnhöfe Deutschkreutz und Mattersburg und von Neufeld an der Leitha über den Bahnhof Wulkaprodersdorf in Richtung Sopron zur Bundesgrenze führenden Eisenbahnstrecken;“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1973 in Kraft.

Kreisky	Häuser	Rösch	Broda
Sinowatz	Androsch	Weihls	Staribacher
Frühbauer	Lütgendorf	Moser	Firnberg
	Leodolter		

240. Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 15. Mai 1973 über die Festsetzung einer Pauschalvergütung für verlängerten Dienstplan für Beamte des Dienstzweiges „Höherer Dienst in Justizanstalten“

Auf Grund des § 16 a in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

§ 1. Den unter § 1 der Verordnung der Bundesregierung vom 26. April 1973, BGBl. Nr. 199, fallenden Beamten des Dienstzweiges „Höherer Dienst in Justizanstalten“, soweit sie im Vollzugsdienst stehen, gebührt eine monatliche Pauschalvergütung für den verlängerten Dienstplan in der Höhe von 6'01 v. H. des Gehaltes (einschließlich allfälliger Teuerungszulagen) der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1973 in Kraft.

Broda

241. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 17. Mai 1973, mit der die Verordnung betreffend die Anordnung einer Allgemeinen Viehzählung, einer Rinderzwischenzählung und von Schweinezwischenzählungen geändert wird

Auf Grund der §§ 2 Abs. 2, 4 Abs. 1 und 2 sowie 8 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes 1965, BGBl. Nr. 91, wird verordnet:

Die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 23. Jänner 1973, BGBl. Nr. 64, mit der eine Allgemeine Viehzählung, eine Rinderzwischenzählung und Schweine-

zwischenzählungen angeordnet werden, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 96/1973, wird geändert wie folgt:

Abs. 2 des § 2 hat zu lauten:

„(2) Stichtag für die Schweinezwischenzählung ist der 3. September. Die Erhebung ist als Stichprobenerhebung durchzuführen.“

Weihls

242. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 17. Mai 1973, mit der die Verordnung betreffend die Anordnung einer Erhebung des Bestandes an bestimmten landwirtschaftlichen Maschinen geändert wird

Auf Grund der §§ 2 Abs. 2, 4 Abs. 1 und 2, 7 Abs. 1 und 7 sowie 8 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes 1965, BGBl. Nr. 91, wird verordnet:

Die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 14. März 1973, BGBl. Nr. 154, mit der eine Erhebung des Bestandes an bestimmten landwirtschaftlichen Maschinen angeordnet wird, wird geändert wie folgt:

1. Im Abs. 1 des § 4 hat der erste Satz zu lauten:

„Die zur Auskunftserteilung verpflichteten Personen haben in der Zeit vom 4. bis 29. Juni 1973, in Wien, Niederösterreich und Burgenland vom 4. bis 29. September 1973, im Gemeindeamt (Magistrat) zu erscheinen und dort die geforderten Angaben zu machen.“

2. § 5 hat zu lauten:

„§ 5. (1) Die Gemeinden haben auf Grund der ausgefüllten Erhebungslisten eine Gemeindeübersicht (Gemeindeblatt) zu verfassen und — ausgenommen die Städte mit eigenem Statut — diese Übersicht zusammen mit den Erstaussfertigungen der Erhebungslisten bis 10. Juli 1973, in Wien, Niederösterreich und Burgenland bis 10. Oktober 1973, den Bezirkshauptmannschaften vorzulegen. Die Zweitaussfertigung der Erhebungslisten haben die Gemeinden zwei Jahre hindurch aufzubewahren.

(2) Die Bezirkshauptmannschaften bzw. die Magistrate der Städte mit eigenem Statut haben bis spätestens 16. Juli 1973, in Wien, Niederösterreich und Burgenland bis spätestens 16. Oktober 1973, die Gemeindeübersichten an das Österreichische Statistische Zentralamt und die Erstaussfertigungen der Erhebungslisten an die zuständige Bezirkslandwirtschaftskammer — in Wien und Vorarlberg an die Landwirtschaftskammer — weiterzuleiten.“

Weihls

243. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 17. Mai 1973, mit der die Verordnung betreffend die Anordnung einer Bodennutzungserhebung und einer Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte geändert wird

Auf Grund der §§ 2 Abs. 2, 4 Abs. 1 und 2, 7 Abs. 1 und 7 sowie 8 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes 1965, BGBl. Nr. 91, wird verordnet:

Die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 4. April 1973, BGBl. Nr. 178, mit der eine Bodennutzungserhebung und eine Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte angeordnet werden, wird geändert wie folgt:

1. § 4 hat zu lauten:

„§ 4. Die Erhebung ist in der Form durchzuführen, daß die zur Auskunftserteilung verpflichteten Personen (§ 3) zwischen 4. und 29. Juni 1973, in Wien, Niederösterreich und Burgenland zwischen 4. und 29. September 1973, im Gemeindeamt (Magistrat) zu erscheinen und die geforderten Angaben zu machen haben.“

2. § 6 hat zu lauten:

„§ 6. (1) Die Gemeinden — ausgenommen die Städte mit eigenem Statut — haben eine Ausfertigung der Gemeindeblätter der Bodennutzungserhebung und die Betriebsbogen bis spätestens 10. Juli 1973, in Wien, Niederösterreich

und Burgenland bis spätestens 10. Oktober 1973, den Bezirkshauptmannschaften vorzulegen.

(2) Die Bezirkshauptmannschaften bzw. die Magistrate der Städte mit eigenem Statut haben die Gemeindeblätter der Bodennutzungserhebung und die Betriebsbogen bis spätestens 16. Juli 1973, in Wien, Niederösterreich und Burgenland bis spätestens 16. Oktober 1973, direkt an das Österreichische Statistische Zentralamt weiterzuleiten.“

Weih

244. Kundmachung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 2. Mai 1973 betreffend die Flagge des Weltpostvereins

Auf Grund des § 4 Abs. 1 Z. 1 lit. c des Markenschutzgesetzes 1970, BGBl. Nr. 260, wird kundgemacht, daß die in der Anlage abgebildete Flagge des Weltpostvereins von der Registrierung nach dem Markenschutzgesetz ausgeschlossen ist.

Durch diese Kundmachung wird die Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 17. Mai 1962, BGBl. Nr. 147, womit Zeichen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen von der Registrierung nach dem Markenschutzgesetz 1953 ausgeschlossen werden, nicht berührt.

Staribacher

Anlage



245. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 10. Mai 1973 betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung

Nach Mitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande hat das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland notifiziert, daß die zur Ausstellung der

Apostille nach Art. 3 des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung (BGBl. Nr. 27/1968, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 157/1973) für die Bahama-Inseln zuständige Behörde „The Permanent Secretary, Ministry of External Affairs, Nassau“ ist.

Kreisky

246.

INTERNATIONAL COFFEE ORGANIZATION

Executive Director
22, Berners Street
London, England

ED Controls 46/73 (E)
3 April 1973
Original: English

CANCELLATION OF THE VALIDITY OF ORIGINAL CERTIFICATES REPORTED TO HAVE BEEN LOST DURING THE MONTH OF MARCH 1973

The Executive Director presents his compliments and in accordance with the procedure established in document ED Controls 28/72 invites the attention of Members to the attached list of original Certificates reported to have been lost in the month of March 1973.

2. Members are requested to inform their Customs authorities and Certifying Agencies that the validity of the Certificates listed has been cancelled and that, therefore, they must not be accepted for importing coffee, for crediting to transit stamp accounts or for splitting.

(Übersetzung)

INTERNATIONALE KAFFEE-ORGANISATION

Exekutivdirektor
22, Berners Street
London, England

ED Controls 46/73
3. April 1973
Original: English

UNGÜLTIGERKLÄRUNG VON ORIGINALZEUGNISSEN, DIE ALS IM MONAT MÄRZ 1973 IN VERLUST GERATEN GEMELDET WURDEN

Der Exekutivdirektor empfiehlt sich den Mitgliedern und ersucht gemäß der im Dokument ED-Controls 28/72 festgelegten Vorgangsweise um Beachtung der angeschlossenen Liste über Originalzeugnisse, die als im Monat März 1973 in Verlust geraten gemeldet wurden.

2. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Zollbehörden und ausstellenden Stellen dahingehend zu informieren, daß die Gültigkeit der angeführten Zeugnisse aufgehoben wurde und diese daher für den Import von Kaffee, für die Gutschreibung auf ein Transitmarkenkonto oder zur Ausstellung von Teilzeugnissen nicht angenommen werden dürfen.

Cancelled Certificates
March 1973

Issuing country	Certificate number	Date of issue	Type of coffee	Net weight (in kilos)	Shipping marks	Vessel	Destination
CERTIFICATES OF ORIGIN							
Brazil	02-08-577	10. 10. 72	green	15,000	ESTEVE/ASTRID/S-17/479	"MONTHOUET"	Antwerp
Brazil	02-08-578	10. 10. 72	green	7,500	ESTEVE/SAS/3286	"MONTHOUET"	Antwerp
Brazil	02-08-579	10. 10. 72	green	7,500	ESTEVE/MAXIM	"MONTHOUET"	Antwerp
Brazil	02-08-580	10. 10. 72	green	15,000	ESTEVE/ASTRID/S-18/478	"MONTHOUET"	Antwerp
Brazil	02-09-1683	31. 1. 73	green	36,000	TIMBER-NG-4	"MARCOS SOUZA DANTAS"	New York
Central African Republic	20-01-156	2. 11. 72	green	7,500	ON. Z66-ONCPA RCA-UDE-RO	"BOGATYR"	Marseille
Central African Republic	20-01-157	2. 11. 72	green	6,000	COOP.157-ONCPA RCA-UDE-ROO	"GENEVE"	Sète
Central African Republic	20-01-158	2. 11. 72	green	4,680	COOP.161-ONCPA RCA-UDE-ROO	"GENEVE"	Sète
Colombia	03-02-1160	24. 1. 73	green	52,500	ARISTI ARMENIA EXCELISO LOTES 2145/500	"RIO MAGDALENA"	New York
Ethiopia	10-01-170	3. 1. 73	green	60,120	EG/PRODUCE OF ETHIOPIA/ HANDPACKED U. S. A.	"AEGIS POWER"	New York
India	14-02-01-143	11. 1. 73	green	15,000	H 370 T	"TUGELA"	Houston
Mexico	16-01-218	11. 1. 73	green	34,500	STANDARD 1—3 VB 681	"MERIDA"	New York
Mexico	16-01-256	11. 1. 73	green	34,500	MANA 14	"TLAXCALA"	New Orleans
Mexico	16-01-257	11. 1. 73	green	34,500	MANA 13	"TLAXCALA"	New Orleans
Mexico	16-01-376	6. 2. 73	green	34,500	MANA 7	"TLAXCALA"	New Orleans
Mexico	16-01-379	6. 2. 73	green	34,500	MANA 8	"TLAXCALA"	New Orleans
Zaire	04-10-613	29. 9. 72	green	30,000	POZ EAST ROBUSTA COFFEE HTM NATURAL CQ EST OCR 559-558-602-603-JIM LOT 45-44-49 58-72 IN TRANSIT CEE OCR	"NEDLLOYD KYOTO"	Antwerp
Zaire	04-01-862	23. 12. 72	green	3,570	CAFE GOMAL PLANT EKUKULA P. O. ZAIRE ONC 3142 C HTC/M	"ISONZO"	Marseille
CERTIFICATES OF RE-EXPORT							
Switzerland	65-01-0185	16. 2. 73	Soluble	4,625	NJL KOBE	"TOYAMA"	Japan
Switzerland	65-01-0186	16. 2. 73	Soluble	4,625	NJL KOBE	"TOYAMA"	Japan
Switzerland	65-01-0187	16. 2. 73	Soluble	4,625	NJL KOBE	"TOYAMA"	Japan
Switzerland	65-01-0188	16. 2. 73	Soluble	4,625	NJL KOBE	"TOYAMA"	Japan

Die letzte Ungültigerklärung von Ursprungszeugnissen ist in BGBl. Nr. 194/1973 kundgemacht.

Kreisky

247.**ERGÄNZENDE VEREINBARUNG**

zu dem Langfristigen Handelsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien haben vereinbart, das Langfristige Handelsabkommen vom 24. September 1970 wie folgt zu ergänzen:

ARTIKEL 1

Die beiden Vertragsschließenden Teile werden sich in ihrem gegenseitigen Warenverkehr von den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) unter Berücksichtigung ihrer Teilnahmebedingungen zu diesem Abkommen sowie vom Langfristigen Handelsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970 leiten lassen. Die Vertragsschließenden Teile gewähren einander gemäß Artikel I des GATT die Meistbegünstigung.

ARTIKEL 2

Im Hinblick auf die günstigen Bedingungen für die Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien sowie auf die Bestimmungen des Langfristigen Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970 werden die Vertragsschließenden Teile im Rahmen der in den beiden Staaten bestehenden Rechtsvorschriften jede Maßnahme ergreifen, um einander möglichst günstige Voraussetzungen für eine kontinuierliche Erhöhung des gegenseitigen Warenaustausches einzuräumen.

Zu diesem Zwecke werden bis spätestens 1. Jänner 1975 die mit Artikel XIII des GATT nicht übereinstimmenden mengenmäßigen Beschränkungen völlig beseitigt werden. Bis zu diesem Datum können die bei der Einfuhr von Waren aus Rumänien in den Jahren 1973 und 1974 noch aufrechterhaltenen Kontingente jeweils in doppelter Höhe ausgenützt werden.

ARTIKEL 3

Im Falle einer wesentlichen Verminderung von Ausfuhren im Vergleich zu deren bisheriger Entwicklung behalten sich die beiden Vertragsschließenden Teile das Recht vor, einvernehmliche Maßnahmen zu ergreifen, die eine positive Entwicklung des gegenseitigen Warenaustausches im Sinne des Artikels 1 dieser Vereinbarung sichern.

CONVENTIE ADITIOINALA

la Acordul comercial de lungă durată între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei, din 24 septembrie 1970

Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei au convenit să completeze Acordul comercial de lungă durată din 24 septembrie 1970, după cum urmează:

ARTICOLUL 1

Ambele Părți contractante se vor conduce în schimbul reciproc de mărfuri după prevederile Acordului General pentru Tarife și Comerț (GATT), luând în considerare condițiile lor de participare la acest Acord, precum și după Acordul comercial de lungă durată între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei din 24 septembrie 1970.

Părțile contractante își acordă reciproc, conform articolului I al GATT, clauza națiunii celei mai favorizate.

ARTICOLUL 2

Având în vedere condițiile favorabile pentru dezvoltarea schimburilor comerciale între Republica Socialistă România și Republica Austria, precum și prevederile Acordului comercial de lungă durată dintre Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei din 24 septembrie 1970. Părțile contractante vor lua orice măsură, în cadrul prevederilor legale existente în ambele state, pentru a crea, una față de cealaltă, premisele cele mai avantajoase posibile pentru o mărire continuă a schimbului reciproc de mărfuri.

În acest scop, până cel târziu la 1 ianuarie 1975, vor fi complet eliminate restricțiile cantitative neconforme cu articolul 13 GATT. Până la această dată, contingentele care vor mai fi menținute, în anii 1973 și 1974 la importul de mărfuri din România, vor putea fi utilizate la nivel dublu.

ARTICOLUL 3

În cazul unei scăderi substanțiale a exporturilor în comparație cu evoluția de până acum, ambele Părți contractante își rezervă dreptul să ia măsuri, de comun acord, care să asigure o evoluție pozitivă a schimbului reciproc de mărfuri în sensul articolului 1 al acestei Convenții.

In einem solchen Falle werden in kürzestmöglicher Zeit bilaterale Besprechungen im Rahmen der Gemischten Kommission zur Beratung einvernehmlicher Maßnahmen zur Sicherung der Entwicklung des Warenaustausches zwischen den beiden Staaten aufgenommen werden. Falls keine einvernehmliche Regelung erzielt werden kann, behält sich die betroffene Seite das Recht vor, Maßnahmen zu ergreifen, um eine weiterhin positive Entwicklung des beiderseitigen Warenaustausches sicherzustellen. In diesem Falle hat auch die andere Seite das Recht, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

ARTIKEL 4

Sollten Entwicklungen eintreten, wie sie im Artikel XIX/1 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) beziehungsweise in Ziffer 4 (a) des Beitrittsprotokoll Rumäniens zum GATT definiert sind, so werden bilaterale Konsultationen zwecks Ergreifung einvernehmlicher Maßnahmen zur Beseitigung der entstandenen Schwierigkeiten aufgenommen. Die Vertragsschließenden Teile behalten sich das Recht vor, Maßnahmen gemäß dem Beitrittsprotokoll Rumäniens zum GATT anzuwenden.

ARTIKEL 5

Diese Ergänzende Vereinbarung wird Bestandteil des Langfristigen Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970.

Geschehen zu Bukarest, am 11. April 1973, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise verbindlich sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Staribacher m. p.

Für die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien:

Avram m. p.

Intr-un astfel de caz, vor fi reluate în cel mai scurt timp posibil convorbiri bilaterale în cadrul Comisiei mixte pentru discutarea măsurilor de comun acord, în vederea dezvoltării schimbului de mărfuri între ambele state. În caz că nu poate fi obținută o reglementare de comun acord, Partea lezată își rezervă dreptul să adopte măsuri în vederea asigurării unei dezvoltări pozitive a schimbului reciproc de mărfuri. În acest caz și cealaltă Parte are dreptul să introducă măsuri corespunzătoare.

ARTICOLUL 4

În situația în care ar surveni fenomene de felul celor definite în art. XIX/1 al Acordului General pentru Tarife și Comerț (GATT), respectiv în pct. 4 (a) al Protocolului de aderare a României la GATT, se va proceda la consultări bilaterale între Părțile contractante, în vederea luării de măsuri de comun acord pentru înlăturarea greutăților ivite. Părțile contractante își rezervă dreptul să aplice măsuri conform Protocolului de aderare a României la GATT.

ARTICOLUL 5

Această Convenție devine parte componentă a Acordului comercial de lungă durată între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei, din 24 septembrie 1970.

Intocmită la, București, la 11 aprilie 1973, în două exemplare originale, în limba română și limba germană, fiecare text fiind în egală măsură obligatoriu.

Pentru
Guvernul Republicii Socialiste România:

Avram m. p.

Pentru
Guvernul Federal al Austriei:

Staribacher m. p.

Kreisky

248. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Barbados über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT

Bridgetown, am 26. März 1973

Exzellenz,

Ich beehre mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Österreichische Bundesregierung zur Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen Österreich

und Barbados bereit ist, mit der Regierung von Barbados ein Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht folgenden Inhalts zu schließen:

Artikel 1

Österreichische und barbadische Staatsangehörige, die einen von den zuständigen Behörden

ihres Landes ausgestellten gültigen Reisepaß (gewöhnlichen Reisepaß, Dienstpäß oder Diplomatenpaß) besitzen, dürfen zu einem nicht Erwerbszwecken dienenden Aufenthalt sichtvermerksfrei in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einreisen oder durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates durchreisen. Jeder Aufenthalt nach einer sichtvermerksfreien Einreise ist mit drei Monaten begrenzt.

Artikel 2

Für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder für einen drei Monate übersteigenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ist ein Sichtvermerk erforderlich.

Artikel 3

Die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht befreit die Staatsangehörigen jedes Vertragsstaates nicht von der Verpflichtung, die Gesetze und Vorschriften des anderen Vertragsstaates hinsichtlich der Einreise, des Aufenthaltes in diesem Staat und hinsichtlich der Beschäftigung oder beruflichen Tätigkeit von Fremden zu beachten.

Artikel 4

Die zuständigen Behörden jedes Vertragsstaates sind berechtigt, die Einreise in oder die Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet oder den Aufenthalt in diesem Personen, die sie als unerwünscht ansehen oder die gegen die vorstehenden Bestimmungen verstoßen, zu verweigern.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, Personen, denen auf Grund eines der im Artikel 1 erwähn-

ten gültigen Reisepässe die sichtvermerksfreie Einreise in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gestattet worden ist, auf Ersuchen des anderen Vertragsstaates jederzeit zurückzunehmen, auch wenn sie die Staatsangehörigkeit des ersuchten Staates nicht besitzen sollten.

Artikel 6

Jeder Vertragsstaat kann aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit die Anwendung dieses Abkommens, jedoch mit Ausnahme des Artikels 5, vorübergehend ganz oder teilweise aussetzen. Einführung und Aufhebung dieser Maßnahme sind dem anderen Vertragsstaat unverzüglich auf dem diplomatischen Wege bekanntzugeben.

Artikel 7

Dieses Abkommen ist jederzeit kündbar. Es tritt drei Monate nach Einlangen der auf dem diplomatischen Wege vorzunehmenden Kündigung beim anderen Vertragspartner außer Kraft.

Falls die vorstehenden Vorschläge die Zustimmung der Regierung von Barbados finden, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die Antwortnote Euer Exzellenz dazu ein Abkommen zwischen den beiden Vertragsstaaten in dieser Angelegenheit bilden, das am neunzigsten Tage nach Vornahme des Notenwechsels in Kraft tritt.

Ich benütze diese Gelegenheit, Eure Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Dr. Harald Gödel m. p.

MINISTRY OF EXTERNAL AFFAIRS,
BARBADOS

26th March 1973

No 9162 Vol. II

Your Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of Your Excellency's Note of 26th March, 1973, which reads as follows:

"I have the honour to inform Your Excellency that, with a view to facilitating travel between Austria and Barbados, the Federal Government of Austria is prepared to conclude with the Government of Barbados the following Agreement regarding the abolition of visa requirements:

Article 1

Austrian and Barbadian nationals holding a valid passport (ordinary passport, service passport, official passport or diplomatic passport)

(Übersetzung)

MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN BARBADOS

26. März 1973

Nr. 9162 Vol. II

Herr Botschafter!

Ich beehre mich, den Empfang der Note Euer Exzellenz vom 26. März 1973 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Österreichische Bundesregierung zur Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen Österreich und Barbados bereit ist, mit der Regierung von Barbados ein Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht folgenden Inhalts zu schließen:

Artikel 1

Österreichische und barbadische Staatsangehörige, die einen von den zuständigen Behörden ihres Landes ausgestellten gültigen Reisepaß (ge-

issued by the competent authorities of their country shall be entitled to enter for a stay not serving gainful purposes, or to transit through, the territory of the other Contracting State without a visa. Any stay on entry without a visa shall be limited to three months.

Article 2

A visa shall be required for the purpose of pursuing a gainful activity, or for any stay exceeding three months in the territory of the other Contracting State.

Article 3

The waiver of visa requirements does not exempt the nationals of either Contracting State from the obligation of complying with the laws and regulations of the other Contracting State concerning the entry into, residence in that State and the employment or professional activities of aliens.

Article 4

The competent authorities of either Contracting State shall be entitled to refuse entry into, or transit through, or a stay in their territory to persons whom they consider undesirable or who infringe the foregoing provisions.

Article 5

Either Contracting State undertakes to take back on request of the other Contracting State at any time persons who have been granted entry into the territory of the other Contracting State with one of the valid passports mentioned in Article 1 without a visa, even if they should not possess the nationality of the State requested.

Article 6

Either Contracting State may, with the exception of Article 5, suspend temporarily the application of this Agreement in whole or in part for reasons of public security, order or health. Any adoption and discontinuation of such a measure shall be notified immediately to the other Contracting State through the diplomatic channel.

Article 7

This Agreement may be terminated at any time. It shall cease to have effect three months after the receipt by the other Contracting Party of the notice to be given through the diplomatic channel.

wöhnlichen Reisepaß, Dienstpaß oder Diplomatenpaß) besitzen, dürfen zu einem nicht Erwerbszwecken dienenden Aufenthalt sichtsvermerksfrei in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einreisen oder durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates durchreisen. Jeder Aufenthalt nach einer sichtsvermerksfreien Einreise ist mit drei Monaten begrenzt.

Artikel 2

Für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder für einen drei Monate übersteigenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ist ein Sichtvermerk erforderlich.

Artikel 3

Die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht befreit die Staatsangehörigen jedes Vertragsstaates nicht von der Verpflichtung, die Gesetze und Vorschriften des anderen Vertragsstaates hinsichtlich der Einreise, des Aufenthaltes in diesem Staat und hinsichtlich der Beschäftigung oder beruflichen Tätigkeit von Fremden zu beachten.

Artikel 4

Die zuständigen Behörden jedes Vertragsstaates sind berechtigt, die Einreise in oder die Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet oder den Aufenthalt in diesem Personen, die sie als unerwünscht ansehen oder die gegen die vorstehenden Bestimmungen verstoßen, zu verweigern.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, Personen, denen auf Grund eines der im Artikel 1 erwähnten gültigen Reisepässe die sichtsvermerksfreie Einreise in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gestattet worden ist, auf Ersuchen des anderen Vertragsstaates jederzeit zurückzunehmen, auch wenn sie die Staatsangehörigkeit des ersuchten Staates nicht besitzen sollten.

Artikel 6

Jeder Vertragsstaat kann aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit die Anwendung dieses Abkommens, jedoch mit Ausnahme des Artikels 5, vorübergehend ganz oder teilweise aussetzen. Einführung und Aufhebung dieser Maßnahme sind dem anderen Vertragsstaat unverzüglich auf dem diplomatischen Wege bekanntzugeben.

Artikel 7

Dieses Abkommen ist jederzeit kündbar. Es tritt drei Monate nach Einlangen der auf dem diplomatischen Wege vorzunehmenden Kündigung beim anderen Vertragspartner außer Kraft.

If the foregoing proposals are acceptable to the Government of Barbados, I have the honour to suggest that the present Note and Your Excellency's reply to that effect shall be regarded as constituting an Agreement between the two Contracting States in this matter which shall enter into force on the ninetieth day following the exchange of Notes."

I have the honour to inform Your Excellency that the foregoing proposals are acceptable to the Government of Barbados and that in consequence Your Excellency's Note and this reply shall constitute an Agreement between our two Governments in this matter which shall enter into force on the ninetieth day following the Exchange of Notes.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

G. C. R. Moe, Q. C.

Minister of External Affairs

Falls die vorstehenden Vorschläge die Zustimmung der Regierung von Barbados finden, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die Antwortnote Euer Exzellenz dazu ein Abkommen zwischen den beiden Vertragsstaaten in dieser Angelegenheit bilden, das am neunzigsten Tage nach Vornahme des Notenwechsels in Kraft tritt."

Ich beehre mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Regierung von Barbados den vorstehenden Vorschlägen zustimmt und sohin die Note Euer Exzellenz und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit bilden, das am neunzigsten Tage nach Vornahme des Notenwechsels in Kraft tritt.

Ich benütze diese Gelegenheit, Euer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

G. C. R. Moe, Q. C.

Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Der gemäß Art. 7 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Notenwechsel wurde am 26. März 1973 durchgeführt. Das Abkommen tritt somit am 24. Juni 1973 in Kraft.

Kreisky